

## V-09 Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit!

Antragsteller\*in: Annka Esser u.a. (KV Tempelhof-Schöneberg)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Weitere Anträge

1 Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit!

2 Zusammenfassung

3 Frauen\*<sup>1</sup> sind weltweit am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen, obwohl sie  
4 durchschnittlich für weniger Treibhausgas-Emissionen verantwortlich sind als Männer\*.  
5 Gleichzeitig sind sie an Entscheidungen zur Bekämpfung der Klimakrise weniger beteiligt,  
6 werden von aktuell geplanten Maßnahmen stärker belastet und von Kompensationen weniger stark  
7 entlastet. So führt die Klimakrise dazu, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern  
8 weiter verschärft wird. Um dem entschieden gegenzusteuern, ist es unerlässlich, die Fragen  
9 nach Klimaschutz und Klimagerechtigkeit immer auch im Zusammenhang mit  
10 Geschlechtergerechtigkeit zu stellen.

11 Wir stecken in der größten Krise der Menschheit. Spätestens bei 2 °C globaler Erderwärmung  
12 im Vergleich zur vorindustriellen Zeit werden Kippunkte erreicht, die Kettenreaktionen  
13 anstoßen, bei denen nicht mehr vorhergesagt werden kann, welche unumkehrbaren Folgen dies  
14 für uns hat. Wir zerstören mit unserer aktuellen Lebensweise die Lebensgrundlage von  
15 Menschen und Tieren. Trotz dieser Lage werden Emissionsgrenzwerte, die auf der  
16 Klimakonferenz in Paris 2015 vereinbart wurden, leichtsinnig von einem Großteil der  
17 Entscheidungsträger\*innen ignoriert.

18 Ursachen der Klimakrise, patriarchale Strukturen und toxische Männlichkeit

19 Männer\* haben im Durchschnitt einen größeren CO<sub>2</sub>-Abdruck als Frauen\*. Sie haben einen  
20 höheren Stromverbrauch, einen höheren Fleischkonsum sowie ein klimaschädigeres  
21 Mobilitätsverhalten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Männer\* meist über höheres  
22 Einkommen verfügen (Stichwort Gender Pay Gap) und dieses oft in ein als besonders "männlich"  
23 inszeniertes (Konsum)Verhalten stecken, welches gleichzeitig besonders klimaschädlich ist.  
24 Hinzu kommt, dass Frauen\* dagegen insgesamt ein höheres Umweltbewusstsein haben und eher  
25 dazu bereit sind, ihr Konsumverhalten zugunsten von Klima- und Umweltschutz einzuschränken.  
26 So essen sie häufiger vegetarisch oder vegan und haben emissionsärmere Mobilitätsmuster.

27 Männer\* profitieren in größerem Maße als Frauen\* durch ihr Arbeiten und Wirtschaften und dem  
28 dabei erwirtschafteten Einkommen und Vermögen von klimaschädlichen Industrien.  
29 Energieerzeugung, Industrie, Verkehr, Gebäudewirtschaft und industrielle Landwirtschaft sind  
30 für den Großteil des menschengemachten Klimawandels verantwortlich. Gerade in diesen  
31 Branchen arbeiten und entscheiden überproportional viele Männer\*.

32 Frauen\* sind besonders von den Folgen der Klimakrise betroffen

33 Die Klimakrise verschärft bestehende soziale Ungleichheit. So sind bereits benachteiligte  
34 Bevölkerungsgruppen, wie beispielsweise Menschen mit niedrigem Einkommen, Frauen\* und Kinder  
35 sowie Menschen im Globalen Süden maßgeblich stärker von den Folgen des Klimawandels  
36 betroffen. Sie verfügen zudem über weniger Mittel sich zu davor schützen.

37 Frauen\* verfügen durchschnittlich über ein geringeres Einkommen und somit über weniger  
38 Ressourcen, um sich heute und zukünftig an die Herausforderungen einer sich erheizenden Welt  
39 anpassen zu können. Dazu gehören unter anderem Schutzmaßnahmen vor Hitze und  
40 Extremwetterereignissen, steigende Wasserpreise oder der Schutz vor Krankheiten, die sich  
41 infolge der Klimakrise stärker verbreiten.

42 Bei Umweltkatastrophen sterben oft bis zu viermal mehr Frauen\*, weil sie sich häufiger zu  
43 Hause aufhalten, wo es keine Frühwarnsysteme gibt, weil sie oft nicht nur für sich selbst  
44 verantwortlich sind, sondern auch für weitere Personen wie Kinder oder ältere Verwandte oder  
45 weil sie nicht schwimmen lernen durften. In Gegenden mit großer Trockenheit und mangelhafter  
46 Infrastruktur führen längere Wasserwege dazu, dass zuallererst Mädchen\* keine Bildung mehr  
47 genießen dürfen.

48 Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sind von männlichen\* Perspektiven geprägt  
49 Trotz der stärkeren Betroffenheit werden Frauen\* oft nicht oder nur in geringem Maß in  
50 Entscheidungsprozesse über Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen eingebunden. Dabei sind es  
51 oft Frauen\*, die sich in vorderster Reihe für Klima- und Umweltschutz einsetzen. Als  
52 Beispiel seien indigene Frauen\* genannt, die im Kampf gegen die fossile Energiewirtschaft  
53 sogar tödliche Repressionen in Kauf nehmen.

54 Männer\* sind in Gremien auf allen politischen Ebenen, in denen über Klimaschutz- und  
55 Anpassungsmaßnahmen entschieden wird, stark überrepräsentiert. So hatten beispielsweise im  
56 September 2015 bei Ratifizierung des PariserKlimaabkommens nur 18 von 193 Staaten (9,3  
57 Prozent) eine Frau\* als Regierungschefin im Amt. Das im März 2019 von der Bundesregierung  
58 eingesetzte Klimakabinett zur Erreichung der Klimaschutzziele 2030 bestand nur zu einem  
59 Drittel aus Frauen\*. Auch im Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz des Berliner  
60 Abgeordnetenhaus sind lediglich vier von 22 Mitgliedern weiblich\*. Der Vorsitzende des  
61 Ausschusses sowie sein Stellvertreter sind beide männlich\*.

62 Die ständige Unterrepräsentation von Frauen\* in klimapolitischen Entscheidungsgremien hat  
63 maßgebliche Auswirkungen auf die Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen und führt dazu, dass  
64 männliche\* Perspektiven durchweg stärker berücksichtigt werden.

65 Einfach die bestehenden Entscheidungsgremien mit mindestens 50 Prozent mit Frauen\* zu  
66 besetzen, reicht nicht aus. Menschliche Bedürfnisse werden derzeit überwiegend aus einem  
67 männlich\* geprägten markt- und konsumorientierten Wohlstandsmodell abgeleitet. Wir brauchen  
68 jedoch eine von kapitalistischen Denkmustern entkoppelte Analyse menschlicher Bedürfnisse.  
69 Perspektiven von Frauen\* müssen daher bei allen Maßnahmen systematisch analysiert und  
70 berücksichtigt werden. Neben dem Geschlecht müssen weitere Merkmale struktureller  
71 Diskriminierungen in den Blick genommen werden.

72 Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen drohen bestehende Ungerechtigkeiten zu verschärfen

73 Werden die Entscheidungen im Zusammenhang mit der Klimakrise aus Geschlechterperspektive  
74 betrachtet, ist festzustellen, dass sich hier bestehende Ungerechtigkeiten wiederfinden und  
75 größer zu werden drohen. Klimapolitische Maßnahmen, die auf die Reduzierung von  
76 Haushaltsemissionen abzielen, benachteiligen Frauen\*. Rentner\*innen oder Alleinerziehende,  
77 beides Gruppen in denen Frauen\* besonders stark vertreten sind, werden etwa durch Erhöhungen  
78 der EEG-Umlage (Erneuerbare Energien Gesetz) überproportional belastet.

79 Geschlechtergerechter sind entsprechend Maßnahmen, die auf die Reduzierung der Emissionen im  
80 Verkehrssektor abzielen. In genau diesem Bereich geschah bisher jedoch am wenigsten für den  
81 Klimaschutz. Im Gegenteil, von Förder- und Ausgleichsmaßnahmen, die derzeit im  
82 Verkehrssektor durchgeführt werden und geplant sind, profitieren abermals überproportional  
83 Männer\*.

84 Eine E-Autoförderung kommt zum Beispiel vor allem Menschen zugute, die sich ein E-Auto  
85 überhaupt leisten können. Statistisch sind das gehäuft weiße Akademiker\*. Die aktuell durch  
86 die Bundesregierung vorgeschlagene Erhöhung der Pendler\*innenpauschale als Ausgleich zum  
87 CO<sub>2</sub>-Preis ist ein weiteres Beispiel. Hiervon werden überwiegend Autopendler\*innen mit  
88 höherem Einkommen und solche, die in einem Normalarbeitsverhältnis angestellt sind,

89 profitieren. Auch dies sind deutlich überproportional häufig Männer\*. Maßnahmen, die das  
90 Umweltbundesamt für Genderwirkungen in der Klimaschutzpolitik als besonders entscheidend  
91 ansieht, wurden dagegen in den vergangenen Jahrzehnten vollkommen vernachlässigt. Zu nennen  
92 wäre hier beispielhaft der Ausbau von Infrastruktur und Service im öffentlichen Verkehr, im  
93 Fuß- und Radverkehr, begleitet von Maßnahmen zur Reduktion des motorisierten  
94 Individualverkehrs.

95 Eine weitere Folge männlich\* geprägter Entscheidungen über Klimaschutz- und  
96 Anpassungsmaßnahmen zeigt sich auf dem Arbeitsmarkt. Ein Großteil der Arbeitsstellen, die  
97 durch Klimaanpassung neu entstehen und gefördert werden, fällt in Sektoren an, die von  
98 Männern\* dominiert werden.

99 Geschlechtergerechtigkeit bedeutet Klimaschutz

100 Eine weniger männer\*zentrierte Klimapolitik ist nicht nur als gleichstellungspolitischen  
101 Gründen dringend notwendig. Sie ist auch deutlich effizienter und wirksamer. Kommunen mit  
102 einem hohen Wert beim Genderbewusstsein haben in Untersuchungen auch die höchste Punktzahl  
103 bei der Bewertung ihrer Klimapolitik erhalten. Wenn nur männliche\* Perspektiven in  
104 Entscheidungsprozesse einfließen, werden Tätigkeiten, die eher männlich\* konnotiert sind,  
105 stärker berücksichtigt und gefördert. Um die Klimakrise als Gesellschaft zu bekämpfen,  
106 können wir es uns nicht leisten die Ideen und die Tatkraft der Hälfte der Gesellschaft zu  
107 ignorieren. Die weitreichenden Maßnahmen, die zur Eindämmung der Klimakrise umgesetzt werden  
108 müssen, bieten gleichzeitig die Chance, bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern  
109 systematisch anzugehen und gute wirksame Klimaschutzpolitik umzusetzen. Deshalb brauchen wir  
110 dringend eine feministische Klimapolitik!

111 Daher fordern wir:

112 1. Aus Geschlechtergerechtigkeitperspektive müssen wir alles dafür tun, damit die 1,5°C  
113 Grenze nicht überschritten wird!

114 2. Auf Bezirks-, Landes- wie auf Bundesebene setzen wir uns für den geschlechtergerechten  
115 Klimavorbehalt ein. Eine Zustimmung zu Gesetzesvorhaben darf nur noch gegeben werden, wenn  
116 dies erfolgt ist.

117 3. Frauen\* müssen gleichberechtigt an Entscheidungsprozessen über Klimaschutz- und  
118 Anpassungsmaßnahmen beteiligt werden. Deshalb müssen klimapolitische Entscheidungs- und  
119 Beratungsgremien wie Klimaschutzbeauftragte und Klimabeirat auf allen Ebenen  
120 geschlechtergerecht besetzt werden. Die Senatsverwaltungen für Umwelt, Verkehr und Klima  
121 sowie für Stadtentwicklung und Wohnen sollen im ersten Schritt vorbildhaft sämtliche  
122 Führungspositionen paritätisch besetzen und paritätisch in Bundesgremien entsenden.

123 4. Im Bundesrat soll darauf hingewirkt werden, dass alle Maßnahmen, die auf Bundesebene zum  
124 Zweck des Klimaschutzes beschlossen werden sollen, auf Geschlechtergerechtigkeit geprüft und  
125 bei Bedarf angepasst werden. Maßnahmen, die eindeutig Frauen\* benachteiligen, kann nicht  
126 zugestimmt werden.

127 5. Gender Mainstreaming und Gender Budgeting müssen im Umweltbereich konsequenter umgesetzt  
128 werden. Bestehende klima- und umweltwirksame Politik muss systematisch auf  
129 Geschlechtergerechtigkeit geprüft und falls nötig angepasst werden. Bei zukünftigen  
130 Entscheidungen im Zusammenhang mit Klimaschutz müssen Analysemethoden zu Genderaspekten  
wie  
131 Gender Impact Assessment, sozio-ökonomische Szenario-Analysen und Expert\*innenbefragungen  
132 verpflichtend werden. Es müssen effektive Kontroll- und Sanktionsmechanismen eingeführt  
133 werden. Das Controlling muss von einer unabhängigen Stelle durchgeführt werden. Sämtliche

134 Verwaltungsmitarbeiter\*innen müssen langfristig und fortwährend geschult werden. Bei  
135 Beteiligungsprozessen ist darauf zu achten, dass durch entsprechende Ansprache und  
136 Einbindung alle Geschlechter eingebunden werden.

137 6. Auf allen politischen Ebenen setzen wir uns für eine konsequente Einpreisung von umwelt-  
138 und klimaschädlichem Verhalten sowie die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher  
139 Subventionen ein. Dazu gehören zuvorderst die Einführung einer angemessenen CO2-Steuer auf  
140 Bundesebene für die wir uns aus Berlin einsetzen und eine Prüfung von Subventionen des  
141 Landes Berlin auf ihre Geschlechtergerechtigkeit.

142 7. Umwelt- und klimaschonendes Verhalten soll verstärkt gefördert werden. Beispiele hierfür  
143 sind die Förderung von Unternehmensmodellen wie Second Hand und Wiederverwertung, die  
144 Förderung von energiesparendem Verhalten, klimaschonender Ernährung und Mobilitätsverhalten  
145 sowie eine Ausweitung von städtischen Angeboten an Share Produkten.

146 8. Berlin soll sich ihrer Verantwortung für die Klimakrise bekennen. Allen Menschen, die auf  
147 Grund unserer Lebensweise ihr Zuhause verlieren, sollen durch den Klimapass Asyl in Berlin  
148 bekommen. Der Klimapass für Berlin soll dabei vorrangig an Frauen\* und ihre Familien  
149 vergeben werden.

## Begründung

### Anmerkung:

1. Frauen\*: Frauen\* und Männer\* sind gesellschaftlich festgelegte Kategorien. Wir benutzen den Genderstar um darauf aufmerksam zu machen und klarzustellen, dass wir die Personen als Frauen\* oder Männer\* ansehen, die sich als solche identifizieren. Auch wenn die Kategorien nicht naturgegeben sind, sind sie trotzdem oft soziale Realität. Wir werden zu Frauen\* oder Männer\* erzogen und dementsprechend unterschiedlich behandelt. Da wir in diesem Antrag auf strukturelle Diskriminierung von Frauen\*/Weiblichkeit aufmerksam machen wollen, sprechen wir in unserem Antrag vor allem von Frauen\*. Wir wollen mit dieser Schreibweise explizit nicht ausdrücken, dass das Wort "Frauen" nicht alle Menschen beschreibt, die ihr Geschlecht so beschreiben.

### Antragsteller\*innen:

Johanna Braun (LAG Frauen\* und Gender, KV Berlin-Kreisfrei), Lisa Maria Eckart (KV Neukölln), Julia Dittmann (LAG Frauen\* und Gender, KV Berlin-Kreisfrei), Swantje May (KV Neukölln), Julia Maria Sonnenburg (LAG Frauen\* und Gender, KV Berlin-Kreisfrei)